Kreisstadt Merzig

Öffentliche Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin:	Donnerstag, 03.02.2022
Sitzungsbeginn:	17:30 Uhr
Sitzungsende:	20:03 Uhr
Ort, Raum:	Videokonferenz

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

	Eröffnung der Sitzung	
1	Verpflichtung eines neues Stadtratsmitglieds	2022/1265
2	Einwohnerfragestunde	
3	Einwand gegen die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 16.12.2021	2022/1335
4	Antrag auf Akteneinsicht im Zusammenhang mit Grünschnitt; Antrag B90/Die Grünen	2022/1334
5	Wirtschaftsplan 2022 des Zweckverbandes eGo-Saar	2021/1301
6	Neu- und Umbau der GS am Bietzerberg zur FGTS als Dependance der Kreuzbergschule – Vorstellung Entwurfsplanung	2022/1323

7	Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Hofgut Monbach" im Stadtteil Hilbringen der Kreisstadt Merzig; hier: Aufhebungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB	2021/1236
8	Bebauungsplan „Rotensteiner Weg“ in der Kreisstadt Merzig; Aufstellungsbeschluss und Billigung und Beschlussfassung über die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB)	2021/1297
9	Einrichtung einer weiteren Grabart auf dem Friedhof Brotdorf	2021/1273
10	Mitteilungen, Anfragen und Anregungen	

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt.

1 Verpflichtung eines neues Stadtratsmitglieds

2022/1265
zur Kenntnis genommen

Herr Weber wird gemäß § 33 Abs. 2 KSVG von Bürgermeister Hoffeld zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Ausübung seines Amtes und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

2 Einwohnerfragestunde

Es liegen keine schriftlichen Anfragen vor. Auch aus den Reihen der Zuhörer ergeben sich keine Wortmeldungen.

3 Einwand gegen die Niederschrift über die Sitzung des Stadtrates vom 16.12.2021

2022/1335
abgelehnt

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) erklärt, in der betreffenden Niederschrift fehlten einige wichtige Aspekte. Einer davon sei die Frage, warum die Linke den Haushalt vorher immer abgelehnt habe. Das sei in der Niederschrift nicht zu erkennen. Zumal der Vorsitzende ihm unterstellt habe, er würde sich immer nur von Emotionen und Fakten leiten lassen. Man habe den Haushalt früher immer aberkannt, da erhebliche Planungskosten für den Abriss des Kauflandkreisels darin enthalten gewesen seien. Und das „Narrativ“ der CDU bzw. von Herrn Auweiler in der jetzigen Fassung nicht rüberkomme. Er wolle nicht alle Punkte anführen. Jedoch bei seiner Widerrede zur unzulässigen Bewertung seines Redebeitrags seitens des Vorsitzenden fehle der komplette Schlusssatz. Herr Hoffeld nehme sich heraus, alle Redebeiträge zu bewerten und bei jeder Debatte das letzte Wort zu haben, als habe Herr Hoffeld die Weisheit alleine für sich gepachtet. Deshalb habe er die eine Aussage eingebracht. Es gebe viele Dinge, die er in Merzig bedauernswert finde. Er wolle hier nur den Vorschlag des damaligen Stadtverordneten Marcus Hoffeld zum Abriss des Kauflandkreisels aufgrund der Visualisierung nennen. Durch diese obige Aussage sei eindeutig widerlegt, dass Herr Hoffeld immer Recht habe. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, dass er nicht gesagt habe „den gesunden Menschenverstand“, sondern er habe großen Wert daraufgelegt, sich eigene Gedanken zu machen und nicht immer direkt Gutachten zu beauftragen. Das komme in der jetzigen Fassung so nicht rüber. In Zukunft werde er nicht mehr von Verwaltung und Verwal-

tungsspitze sprechen. Er werde immer „Herr Hoffeld“ sagen, damit es nicht mehr zu Irritationen komme. Beim letzten Mal sei ihm das Wort so in den Mund gelegt worden, als würde er den Mitarbeitern der Verwaltung unterstellen, dass sie nichts arbeiten würden. Das habe er nicht getan und wolle er auch nicht. Er habe klare Kritik an Herrn Hoffeld äußern wollen dahingehend, dass er keine Strategie erkennen könne. Er habe nicht mal gesagt, dass dieser keine Strategie habe. Herr Hoffeld hätte sie ihm auch darlegen können. Es läge ihm fern zu unterstellen, dass jemand bei der Stadt seiner Arbeit nicht nachgehe.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) erklärt, alles Sprechen sei perspektivisches Sprechen. Der Versuch, den Ablauf der Sitzungen in die Form eines schriftlichen Protokolls zu gießen, könne die Sitzung zwangsläufig nur aus der Perspektive des Protokollanten wiedergeben. Er werde eine Gewichtung und eine Bewertung vornehmen, was er als erwähnenswert empfinde. Informationen, die nur im Subtext des Gesagten anklängen, werde er wahrscheinlich gar nicht ins Schriftliche übertragen können. Das Protokoll werde niemals objektiv sein. Solange man es so handhabe wie bisher. Da das Protokoll sowieso nur eine subjektive Sichtweise wiedergebe, warum sollte die subjektive Sichtweise und Gewichtung des Protokollanten richtiger sein als diejenige von irgendwem sonst, in diesem Fall von Herrn Hackenberger. Das einzige, das man tun könne, um diesem Umstand mangelnder Subjektivität Rechnung zu tragen, sei das Verfahren zu ändern und anzupassen. Sie beantrage daher,

1. dass die Verwaltung für alle Sitzungen im Monat März die Dauer der Zeit erfasst, die ein Verwaltungsmitarbeiter jeweils mit dem Verschriftlichen einer Sitzung verbringt. So, dass man einen Überblick bekomme, wie viel Arbeitszeit in einem Monat insgesamt dafür benötigt werde.
2. dass die Verwaltung im Anschluss daran in einer Sitzung des zuständigen Fachausschusses darüber berichtet.
3. dass in dieser Sitzung auf Basis dieser Datenlage erneut darüber beraten werde, das schriftliche Protokoll zugunsten eines Audioprotokolls und eines reinen Ergebnisprotokolls aufzugeben.

Stadtratsmitglied Santo (Grüne) schließt sich den Worten ihrer Vorrednerin an. Sie habe bisher auch den Eindruck gehabt, dass die Niederschriften eher inhaltlicher Form gehalten worden seien. Was sie auch als vollkommen in Ordnung empfinde. Sie habe aber auch kein Problem damit, Herrn Hackenberger Recht zu geben.

Der Vorsitzende sagt zu, dass man dem Antrag von Frau Spanier gerne nachkomme. Dafür brauche es keinen Stadtratsbeschluss. Man schreibe gerne für den Monat März die Zeiten auf, die notwendig seien. Darüber informiere man anschließend und stelle die Informationen im zuständigen Hauptausschuss zur Verfügung. So, dass die Mitglieder die Möglichkeit hätten, Veränderungen vorzunehmen.

Fachbereichsleiter Klein weist den Vorwurf von Frau Spanier, die von mangelnder Objektivität und einem subjektiven Protokoll gesprochen habe, klar zurück. Die Protokollführerin höre das Protokoll entsprechend ab und fasse lediglich das zusammen, was gesagt werde. Das habe nichts mit Subjektivität zu tun. Es werde lediglich niedergeschrieben, was die Mitglieder in ihren Redebeiträgen gesagt hätten.
Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) erwidert aus der Perspektive von jemandem – wie sie sagt -, der sich in seinem Studium mit Sprache und Kommunikation beschäftigt habe, könne sie sagen: Es gebe keine objektive Kommunikation. Das sei nicht möglich. Jeder Sprecher

oder jeder, der etwas schreibe, habe seine Perspektive. Natürlich wolle sie niemandem, der dieses Protokoll verfasse, unterstellen, dass er sich nicht bemühe. Es sei aber nicht möglich, da jeder die Welt aus seiner Perspektive wahrnehme. Deshalb werde es trotz aller Mühe, die man sich gebe, immer eine Färbung geben müssen.

Der Vorsitzende ergänzt, es werde sicher für den Leser auch nicht möglich sein, alles zu verstehen. Es fange schon mit der Tonlage an, wie gewisse Dinge betont würden. Das könne man in kein Protokoll einbringen.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) erklärt, es sei Frau Spanier darum gegangen, dass man zukünftig ein Ergebnisprotokoll schreibe, das wesentlich Arbeit spare für die Protokollantin und ihr Freiräume schaffe. Stattdessen solle ein Audioprotokoll geführt werden. Darin werde auch die Tonlage aufgenommen, und es gebe die Zusammenhänge objektiv wieder. Dann könne man auch heraushören, ob etwas ernsthaft oder ironisch gemeint gewesen sei. Noch besser wäre eine Videoaufnahme, da man dabei auch die Gestik sehen könne. Aber für den Anfang sei ein Audioprotokoll schon sehr zielführend.

Stadtratsmitglied Thomas Klein (CDU) bittet darum, dass über den Antrag von Frau Spanier abgestimmt werde.

Der Vorsitzende sagt dies zu, weist aber darauf hin, dass man auch ohne den Beschluss die Informationen gerne zur Verfügung stelle.

Fraktionsvorsitzender Morbe (Freie Wähler Merzig/FDP) fragt nach, ob man verlangen könne, dass der eigene Redebeitrag wörtlich ins Protokoll aufgenommen werde.
Fachbereichsleiter Klein weist auf die Ausführungen in der Sitzungsvorlage hin. Man könne verlangen, dass die eigenen Wortbeiträge ins Protokoll aufgenommen würden – dies jedoch nicht wortwörtlich, sondern der Kerngehalt der Ausführungen. Etwas anderes gelte nur dann, wenn es ansonsten zu einer Sinnentstellung komme.

Beschluss:
Der Einwand wird zurückgewiesen und die Richtigkeit der Niederschrift festgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
22	9	3

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE, im März die komplette Arbeitszeit zur Erstellung der Niederschriften von Seiten der Verwaltung zu dokumentieren, darüber im Hauptausschuss zu berichten und die Niederschriften nur noch als Ergebnisprotokoll, aber ergänzt um ein Tonprotokoll, anzufertigen, wird mit 11 Ja-, 17 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

4 Antrag auf Akteneinsicht im Zusammenhang mit Grünschnitt; **2022/1334** abgelehnt

Antrag B90/Die Grünen

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) erklärt, es ginge hier um den Bereich der Grünschnittannahme, des Eingangs und des Ausgangs der einzelnen Fraktionen. Er habe diesbezüglich Zahlen zum Stoffmanagement erhalten, die seiner Meinung nach nicht ausreichend seien, um aussagekräftig zu zeigen, was reinkomme oder rausgehe. Im privaten Bereich werde nur der Ausgang in Tonnagen angegeben. Im städtischen Bereich werde nur der Eingang erfasst. Im privaten Bereich verwundere ihn dies, da seitens der Unternehmen über die Gebührenerhebung eine gewisse Erfassung der Mengen möglich sei. Weiterhin habe er darum gebeten, eine Information zu erhalten, welche Anlage bedient werde. Wenn der EVS dienungspflichtig sei, sei bekannt, welcher Anlage alles zugeführt werde zur Verwertung. Der anfallende, städtische Grünschnitt werde beim Eingang über Kubikmeter erfasst, jedoch nicht der Ausgang. Da in der Aufnahmestelle keine Verwertung stattfinden dürfe, werde das Schnittgut ja auch wieder einer Verwertungsanlage zugeführt. Dort werde das Material in der Regel über Gewichtseinheiten erfasst. Im Prinzip seien von 6 Zahlen 3 genannt worden. Weitere 3 angefragte Zahlen, seien nicht genannt worden. Das sei für ihn nicht nachvollziehbar. Was auch fehle, seien Angaben zum Rückfluss. Es sei ein geschlossener Kreislauf, die Stadt biete auch verschiedene Stufen von Kompost an. Er wolle nicht jeden Schritt bei den Unternehmen nachvollziehen, aber frage sich, warum manche Zahlen bezüglich seiner Anfrage nicht beigefügt seien. Daher müsse er Akteneinsicht beantragen.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) bezieht sich auf zwei Argumente der Verwaltung, warum diese die Akteneinsicht nicht genehmigen wolle. Zum einen habe Herr Weiten nach Ansicht der Stadt bereits alle erforderlichen Informationen. Ob er ausreichend informiert sei, könne nur dieser selbst entscheiden. Zum zweiten führe die Verwaltung auf, dass möglicherweise sensible Informationen der Betreiberfirma dort enthalten seien. Das sei ein richtiges Argument, das aber schnell entkräftet werden könne. Denn man habe im Stadtrat ständig mit Informationen zu tun, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt seien, und über die Stillschweigen zu bewahren sei. Sie unterstelle Herrn Weiten, dass er das genauso handhabt. Sie sehe nicht, wo der Unterschied zwischen diesen Informationen und den übrigen Informationen, mit denen man im Rat immer wieder konfrontiert sei, liege.

Verwaltungsmitarbeiter Nollmeyer erklärt, beim privaten Grüngut zum Beispiel würden die Anlieferzahlen nur über das Nutzungsentgelt erfasst. Hierzu würden Wochenabrechnungen geführt, in denen es heiße: Grünschnitt in kleinen Mengen bis 125 Liter, bis 500 Liter oder je angefangenem Kubikmeter. Diese Zahlen seien sehr grob im Vergleich zur Tonne. Es gebe keine explizite Erfassung der Eingangsmengen. Dahingegen werde beim EVS auf Tonnage abgerechnet. Davon gebe es die Ausgangswiegescheine. Beim kommunalen Grüngut sei es umgekehrt. Es werde nicht der Input des Bauhofes erfasst. Dieser habe einen separaten Bereich auf der Anlage, wo die Materialien zwischengelagert würden. Dort werde nur der Output erfasst, da die Betreiberfirma auch für die Verwertung zuständig sei. Aus diesen Gründen lägen die von Herrn Weiten angefragten Informationen teilweise nicht vor.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) bestätigt nach den Aussagen von Herrn Nollmeyer, dass er auch den Eindruck habe, dass keine exakten Zahlen vorliegen könnten. Er würde aber gerne wissen, ob überhaupt belastbare, vergleichbare Zahlen vorlägen.
Verwaltungsmitarbeiter Nollmeyer verweist auf den privaten und kommunalen Grünschnitt, von dem es belastbare Zahlen gebe bei dem, was der EVS abfahre für die Stadt. Dies werde

auf Tonnage berechnet. Belastbare Zahlen zum kommunalen Grünschnitt gebe es nicht, ebenso nicht für den privaten Input.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) ergänzt, es ginge bei dem Antrag von Herrn Weiten nicht darum, der Verwaltung etwas zu unterstellen. Im Gegenteil. Man habe in der Vergangenheit immer auch in Fragen des Wertstoffhofes lange Diskussionen in den Ausschüssen gehabt. Man sei froh gewesen, wenn jemand mit Expertise zu diesen Themen dabei gewesen sei. Es ginge darum, wie man Verfahrensweisen, Prozesse und Kosten senken könne. Herr Weiten habe sich intensiv mit dem Thema und Unterlagen dazu auseinandergesetzt und versuche, Dinge zu finden, wo man in Zukunft optimieren oder etwas anders dargestellt werden könnte. Er hätte sich gewünscht, dass man die Akten zur Verfügung gestellt hätte, ohne dass es zum Antrag hätte kommen müssen. Er verstehe nicht, warum man einem Stadtratsmitglied nicht die Möglichkeit gebe, in das Thema einzutauchen mit dem Ziel, im Sinne der Stadt vielleicht Dinge zu verbessern. Die Kompetenz von Herrn Weiten bei diesen Punkten sei in der Fraktion bekannt und werde geschätzt.

Der Vorsitzende verweist auf die rechtlichen Vorgaben, an die sich die Verwaltung halten müsse. Er verweist auf Abschnitt 2 des Sachverhalts in der Vorlage. Man könne einem Mitglied des Stadtrates nicht ohne Weiteres Informationen zur Verfügung stellen. Sollte der Stadtrat dafür entscheiden, mache man dies natürlich. Ein anderer Punkt sei, wie angesprochen, dass man eine Expertise habe und über ein Thema spreche. Es könne auch sein, dass im Fachausschuss der Wunsch bestehe, im breiteren Rahmen darüber zu sprechen. Dann könne man allen die Informationen zur Verfügung stellen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) erklärt in Bezug auf die Erläuterungen von Herr Nollmeyer sei für ihn alles nachvollziehbar. Nur das Schreiben, das er zu den städtischen Eingängen bekommen habe, beziehe sich auf die 10.100 Kubikmeter und die 450.000 Kubikmeter krautiges Material. Das sei im Schreiben als Eingang dargestellt. Herr Nollmeyer sage, es sei der Ausgang. Im privaten Bereich gebe es eine gewisse Dokumentierung. Auch diese reiche, um hochzurechnen, wie viel Kubikmeter es seien. Er verstehe beim städtischen Material nicht, dass beim Ausgang in Kubikmetern gerechnet werde, obwohl der Abholer und Verwerter über Tonnagen abrechne. Das hätte er gerne klargestellt. Im Stoffmanagement sei es auch für die Kommune wichtig zu wissen, wo was hingehe. Was ganz außen vorbleibe, sei die Nachhaltigkeit, also der Rückfluss. Auch, wenn es etwas Aufwand bedeute, so sei es für ihn kein Kreislauf. Aus dem Protokoll der Eingänge über die Erfassung der Gebühren könne er eine Kubikmeterzahl ausrechnen. Bei den Ein- und Ausgängen der Stadt müsse man sich darüber klar sein, ob die Kubikmeterzahl eben ein Ein- oder Ausgang sei oder ob es nur diese eine Zahl gebe.

Fachbereichsleiter Klein weist darauf hin, dass die Redezeit abgelaufen sei.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) betont, er habe nichts dagegen, wenn sich Herrn Weiten, den er für kompetent halte, mit diesen Zahlen beschäftige und diese vergleichen wolle. Er frage sich aber, welche Zahlen dieser vergleiche. Man könne Kubikmeterzahlen, die pro Anlieferer völlig unterschiedlich seien, nicht vergleichen mit gewogenen Mengen, die in die weitere Verwertung gingen.
Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) unterstreicht die Aussage des Vorsitzenden, es gebe rechtliche Vorgaben, sodass nicht jedes Ratsmitglied ohne Weiteres Einsicht in Un-

terlagen nehmen könne. Es sei nachvollziehbar, auch dass der Stadtrat darüber beschließen müsse. Ein Problem habe er jedoch damit, dass die Verwaltung vorschlage, dieses Begehren von Herrn Weiten aufgrund von Geschäftsgeheimnissen abzulehnen. Im Bauausschuss oder Grundstücksausschuss sehe man z.B. die Angebote von Firmen und andere Dinge, was Geheimnisse seien. Da passe die Relation nicht. Daher verstehe er nicht, warum die Verwaltung Herrn Weiten den Einblick verwehren wolle. Er sei sicher, Herr Weiten werde keine der herausgelesenen Zahlen weitergeben, sondern er werde diese zum Nutzen der Stadt erarbeiten. Herr Weiten leiste auch in der AG Abfall sehr konstruktive Arbeit. Wenn er bereit sei, sich die Mühe zu machen, könne man ihm doch die Chance dazu geben.

Der Vorsitzende hakt nach, wo Herr Hackenberger gelesen habe, dass die Verwaltung vorgeschlagen habe, den Antrag abzulehnen. Der Vorsitzende verliest den Beschlussvorschlag aus der Vorlage. Man habe nicht vorgeschlagen, den Antrag abzuweisen. Man habe überhaupt keinen Vorschlag gemacht. Der Stadtrat habe die Möglichkeit zu entscheiden, ob Ja oder Nein.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) zitiert aus der Vorlage: „Diese Unterlagen enthalten allerdings schützenswerte Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Betreiberfirma, sodass verwaltungsseitig nach wie vor keine Akteneinsicht präferiert wird.“ Demnach werde von der Verwaltung vorgeschlagen, dass Herr Weiten keine Einsicht erhalten solle. Könne man nicht sagen, aufgrund der Ausführungen von Herrn Weiten präferiert man doch, ihm die Einsicht zu gewähren, fragt Herr Hackenberger.

Der Vorsitzende betont erneut, die Verwaltung habe diesbezüglich keinen Vorschlag gemacht.

Beschluss:
Der Stadtrat spricht sich mehrheitlich dagegen aus, Einsicht in die Akten zu gewähren.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
9	21	4

5 Wirtschaftsplan 2022 des Zweckverbandes eGo-Saar

2021/1301
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) erklärt, er sehe noch immer die Struktur, den eGo Saar, die Finanzierung bzw. die Kosten-Nutzungs-Rechnung der Kommunen als problematisch an. Man sei schon immer skeptisch gewesen. Daher stimme man dem Wirtschaftsplan nicht zu.

Beschluss:

Der Wirtschaftsplan 2022 des Zweckverbandes eGo-Saar wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	2	4

---

6 **Neu- und Umbau der GS am Bietzerberg zur FGTS als Dependance der Kreuzbergschule – Vorstellung Entwurfsplanung** **2022/1323**
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Manfred Klein (CDU) dankt dem Stadtrat und der Verwaltung. Man habe ein altes Projekt zum neuen Projekt erhoben. Man stelle sich der bildungspolitischen Aufgabe. Er hätte sich natürlich die ursprüngliche Planung mit allen energetischen Möglichkeiten gewünscht. Aber man brauche Realismus – die Kostensteigerungen seien durch die veränderte Marktsituation entstanden. Darauf müsse man reagieren. Er sei überzeugt, dass man auch mit der überarbeiteten Planung eine sehr moderne, ansprechende Schule bekomme. Die in der Vorlage dargestellten Ansichten seien nun wohl nicht mehr haltbar, z.B. die großen Fensterfronten. Dies sei der notwendigen finanziellen Anpassung geschuldet verändert worden. Man schaffe hier Infrastrukturen in den Dörfern. Die CDU-Fraktion stimme dem zu.

Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) schließt sich den Aussagen ihres Vorredners an. Der ganze Stadtrat habe sich für das Projekt stark gemacht. Es sei gut, dass die Kreuzbergschule stark in die Planungen einbezogen würde. Denn die Mitarbeiter würden später auch in der Schule in Bietzen arbeiten. Die SPD-Fraktion stimme ebenfalls zu.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) erklärt, dass im Konsens und parteiübergreifend mit Vorrang gesehen werde, dass auf dem Bietzerberg etwas Tolles und Neues entstehe. Die Kürzungen, die der Kostensteigerung geschuldet seien, liefen gegen die Wünsche der Grünen. Alles, was mit Energie und Nachhaltigkeit zu tun habe, stehe momentan auf dem Prüfstand. Im Hauptausschuss habe er den Antrag gestellt, dass man nicht bei der Bildung sparen solle. Im Rahmen der Kürzungen solle auch eine fest installierte Lüftungsanlage mit einer dezentralen Anlage ersetzt werden. Die Begründung sei, dass man den Standard an allen Schulstandorten halte. Er sehe dies ganz anders und habe auch die Frage gestellt, was wäre, wenn man im Nachhinein von der „provisorischen“ auf eine fest installierte Lüftungsanlage umrüsten würde. Die Verwaltung habe darauf geantwortet, dass dies erhebliche Zusatzkosten bedeuten würde im Vergleich dazu, wenn man es gleich mache. Lüftung sei ein zentrales Thema. Deshalb habe die Grünen-Fraktion den Vorschlag gemacht – die wolle er nun auch als Antrag stellen -, dass man die Kosten vorbehaltlich dessen, was auf dem Markt noch passiert, auf 4 Mio. Euro deckeln solle. Damit zumindest die zentrale Lüftungsanlage installiert werden könne. Es könne nicht sein, dass man, wenn sich in zwei, drei Jahren die Situation geändert habe und das Gebäude stehe, wieder anfange abzureißen, nachzubauen und den Schulbetrieb zu stören. Er orientiere sich nicht am Standard.

Wenn jetzt etwas gemacht werde, solle dies in allen Bereichen top sein. Über einen Fassadenanstrich zum Schulhof hin könne man natürlich diskutieren. Es ginge den Grünen darum, dass man dort eine topmoderne Schule habe, die auch den neusten Lüftungsstandard vorweise. Deshalb beantrage die Grünen-Fraktion die Deckelung auf 4 Mio. Euro und explizit die Lüftungsanlage.

Ressortleiter Bies führt aus, die Lüftungsanlage, wie sie im 1. Entwurf ursprünglich geplant worden sei, sei allein dem Umstand Corona geschuldet gewesen. Seitens der Gebäudetechnik sei eine automatisierte Lüftung nicht notwendig. Zudem wolle er dringend davor warnen, einen Preis von 4 Mio. Euro, wie eben vorgeschlagen, zu deckeln. Denn man werde die Schule nicht im Gesamten, sondern in einzelnen Gewerken ausschreiben. Deckle man den Preis und wisse nicht, wie die Entwicklung auf dem Markt sein wird, könne es sein, dass man am Ende beim letzten Gewerk keine Haushaltsmittel mehr habe oder ein Stadtratsbeschluss dem entgegenstehe. Dann könne man den Auftrag nicht vergeben und habe eine erhebliche Verzögerung bis hin zur Möglichkeit, dass man nicht zu Ende bauen könne. Schreibe man nur ein Gewerk aus, sei die Deckelung sinnvoll. Bei einzelnen Gewerken werde dies in der Praxis nicht funktionieren.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) bestätigt, dass DIE LINKE ebenfalls für den Vorschlag der Verwaltung sei.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) schließt sich dem Vorschlag von Herrn Borger an. Er sei auch der Meinung, dass man ein solches Projekt in der Grundausstattung optimal ausführen solle. Es sei sehr schwer, eine Lüftungsanlage mit Frischluftversorgung nachzurüsten. Die Filterung der Luft sei auch mit mobilen Geräten möglich, die Frischluftversorgung jedoch nicht. Ansonsten stimme man mit der Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zu.

Der Vorsitzende stellt klar, alles, was geplant wurde, sei optimal. Es sei nachher die modernste Schule auf einem Top-Niveau. Man dürfe aber die anderen Maßnahmen an den übrigen Schulen nicht vergessen. Diese müsse man in den nächsten Jahren ebenfalls sanieren. Zudem habe man die Feuerwehr und andere Infrastrukturen, über die man sprechen müsse. In diesem Rahmen müsse man sehen, dass hierfür auch noch Gelder zur Verfügung stünden. Daher wolle man alles optimal machen, aber mit den Kosten bestmöglich haushalten. In den nächsten Monaten würden noch weitere Projekte auf die Stadt zukommen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) betont, er sehe die stationäre Lüftung nicht nur aufgrund der Corona-Lage gegenüber den mobilen Filtergeräten als besser an. Die Geräte könnten die Luft filtern, aber keine Frischluft einführen, nur über die Fenster. Wenn man mit stationären Lüftungssystemen arbeite, habe man auch mit einem Wärmetauschsystem die Möglichkeit, Wärmerückgewinnung zu machen. Er fragt nach, ob hierzu eine Rechnung gemacht worden sei, dass sich die Investition amortisieren könne, nur dadurch, dass weniger Energiekosten entstünden. Er sehe es heute im Baubereich als selbstverständlich an, darüber nachzudenken, und es bei einem solchen Projekt nicht nur als Lüftungstechnik, sondern auch mit Wärmerückgewinnungssystem zu planen. Weiterhin fragt Herr Weiten, inwieweit gewährleistet sei, dass zumindest ortsnahe Kinder die Schule auf jeden Fall besuchen könnten.

Der Vorsitzende antwortet, es sei durch die Verwaltung geprüft worden, Fachbereichsleiter Wurzer habe auch die Zahlen. Es sei gewährleistet, dass alle Kinder vom Bietzerberg auch in diese Schule gehen könnten.

Fachbereichsleiter Wurzer bestätigt, dass die Kinder vom Bietzerberg an der neuen Schule auf jeden Fall einen Platz haben werden. Es sei im Vorfeld mit der Schule darüber gesprochen worden, dass das Schulkonzept ein besonderes sein solle. Dieses solle sie auch für Schüler, die von außerhalb kommen, interessant machen, z.B. ein zweisprachiges Angebot. Diese Dinge müssten von der Schule entwickelt werden. Man wolle die Schule auch stabilisieren. Denn es gebe nicht nur eine Höchstzahl, es gebe gegebenenfalls auch eine relevante Untergrenze an Schülern an diesem Standort. Es sei eher so, dass man sich wünsche, dass Kinder von außerhalb aufgrund des guten Angebots, des sehr modernen Gebäudes und der Qualität des pädagogischen Angebots den neuen Schulstandort wählen. Das sei die Erwartungshaltung und so sei es auch mit dem Ministerium besprochen.

Stadtratsmitglied Boos (CDU) betont, die Kreisstadt investiere sei Jahren große Summen in Kitas, Schulen, Krippen, Bildung und Betreuung. Welchen hohen Stellenwert dieses Projekt in Bietzen für Stadt und Rat hat, zeige der Umgang mit den gestiegenen Baukosten. Die Stadt habe schnell praktikable Lösungen gefunden, um die Realisierung zu ermöglichen. Die Schule in Bietzen entschärfe die Raumsituation der Kreuzbergschule in Merzig. Man benötige die Schule zur Entlastung, zur Qualitätsverbesserung und zur Abrundung des Angebots. Daher sei er gegen eine weitere Erhöhung des Budgets. Es würden vermutlich weitere Kosten entstehen und es würden noch weitere Projekte auf die Stadt zukommen. Man müsse darauf achten, für alle gesamtstädtisch ein hohes Niveau zu erreichen.

Stadtratsmitglied Manfred Klein (CDU) bestätigt, der neue Schulstandort sei eine große Aufwertung für Merzig. Er warne auch davor, die Kosten bei so vielen unbekannten Faktoren in der gesamten Finanzierung, z.B. Entwicklung von Bau- und Lohnkosten, bereits jetzt zu deckeln. Er appelliere dazu, der Bauabteilung in Zusammenarbeit mit der Schulleitung zu vertrauen. Diese begleiteten das pädagogische Konzept und das Raumkonzept. Man solle so schnell wie möglich beginnen. Wesentlich sei, dass diese Schule in den nächsten Jahrzehnten eine Zukunft habe mit einem Raumprogramm. Das pädagogische Konzept müsse die Lehrerschaft mit den Eltern und den Schulsprechern entwickeln. Man müsse den Beteiligten Zuversicht vermitteln.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) dankt den Fachbereichen und für die Ausführungen von Ressortleiter Bies. Damit habe man die Maßnahmen nachvollziehen können. Man wolle mehr Geld investieren, um das Projekt in Bietzen umzusetzen. Man habe nun noch einen weiteren Antrag vorliegen. Zu dem die Verwaltung erklärt habe, dass man mit einer Deckelung der Kosten aufpassen müsse. Es wäre schade, wenn hierdurch die Kinder am Ende die Leidtragenden wären. Denn alle warteten auf die Umsetzung des Projekts. Die CDU-Fraktion gehe daher an die finanziellen Belange offen heran. Man wisse nicht, wie sich der Markt entwickeln werde. Man wolle den gemeinsam im Rat eingeschlagenen Weg fortsetzen und keine Bremse einbauen.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) betont, die Grünen-Fraktion werde dem Verwaltungsvorschlag ebenfalls folgen. Aber die Verwaltung habe in der Beschlussvorlage eine Deckelung gemacht, und zwar: Die von der Verwaltung vorgelegte Planung wird beschlossen und am

Schluss stehe der Betrag von 3,71 Mio. Euro und es seien die Dinge aufgeführt, die nicht realisiert werden sollten. Dazu gehöre auch die zentrale Lüftungsanlage. Damals sei der Gedanke an eine solche Anlage der Pandemie geschuldet gewesen. Jeder, der die renommierte und anerkannte Wissenschaft verfolge, wisse, dass Corona nicht die letzte Pandemie sein werde. Daher sei er dafür zu sagen, man fasse jetzt einen Beschluss, lasse aber nach oben hin alles offen. Wenn man konkretisiere, dass man die zentrale Lüftungsanlage einbaue. Das würde zwar der Verwaltungsvorlage widersprechen. Man unterhalte sich über ein wichtiges Zukunftsthema für die Schule, damit diese auf Dauer sicher aufgestellt sei. Man gehe schon nicht auf das Thema „Grünes Klassenzimmer“ oder den Austausch der vorhandenen Heizkörper ein. Aber dass man für die Lüftung Provisorien hinstelle, anstatt eine nachhaltige Lüftungsanlage zu bauen, das verstehe er nicht. Wenn die Aussage von Herrn Bies so gemeint gewesen sei, dass man nach oben offenlasse, sei er damit einverstanden. Allerdings nur mit dem Zusatz, dass die Grünen beantragen, dass die Lüftungsanlage gebaut werde.

Der Vorsitzende erläutert, es handle sich um eine voraussichtliche Kostenschätzung. Man könne nicht sagen, ob sich diese noch nach oben entwickle. Deshalb habe man die Summe in der eigenen Vorlage auch nicht gedeckelt. Wenn sich die Kostenschätzung verändert, werde man sich im Stadtrat darüber erneut unterhalten.

Beschluss:
Die von der Verwaltung vorgelegte Planung zur FGTS Bietzerberg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

Ein Antrag der B90/Die Grünen-Fraktion, Kosten von 4 Mio. € zu veranschlagen und eine zentrale Lüftungsanlage zu realisieren, wird mit 9 Ja-, 19 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

---

7 Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Hofgut Monbach" im Stadtteil Hilbringen der Kreisstadt Merzig; hier: Aufhebungsbeschluss gemäß § 10 Abs. 1 BauGB

2021/1236
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) erklärt, die Eigentumsverhältnisse und die Nutzungsart hätten sich dort erneut geändert, wieder zurück in den ursprünglichen Zustand, in die landwirtschaftliche Nutzung. Dieser Bereich entwickle sich sehr gut. Der aktuell noch bestehende Bebauungsplan würde den jetzigen Investor sehr stark hemmen. Daher werde man der Aufhebung zustimmen.

Beschluss:

Der Beschluss zur Aufhebung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans "Hofgut Monbach" im Stadtteil Hilbringen der Kreisstadt Merzig gemäß § 10 Abs. 1 BauGB (Baugesetzbuch) wird gefasst. Die Begründung und die Abwägung werden gebilligt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
33	0	1

---

8 **Bebauungsplan „Rotensteiner Weg“ in der Kreisstadt Merzig; Aufstellungsbeschluss und Billigung und Beschlussfassung über die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB)** **2021/1297**
ungeändert beschlossen

Stadtratsmitglied Boos (CDU) betont, der Stadtrat mache heute den ersten Schritt, damit die alte Parkplatzanlage Villeroy & Boch und das gesamte Umfeld entlang des Rotensteinerwegs deutlich aufgewertet werden könne. Von der Erweiterung des Bauplatzangebotes verspreche er sich eine zumindest geringe Entlastung bei der Preisentwicklung. Er weist darauf hin, dass jeder Einwohner, der das Saarland verlasse, sich durch erhebliche Einbußen bei der Mittelzuweisung des Bundes gegenüber dem Land bemerkbar mache. Herr Boos dankt der Stadtverwaltung um Bürgermeister Marcus Hoffeld, Christian Bies, Thomas Cappel und den übrigen Beteiligten. Ebenso dankt er dem Ortsrat für das einstimmige Votum. Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Stadtratsmitglied D’Auria (SPD) führt aus, die Fläche werde seit langer Zeit nicht mehr als Parkplatz genutzt und sei größtenteils versiegelt. Für 2/3 der Fläche gebe es bereits Pläne. Der Natur werde Rechnung getragen, da man einen gebührenden Abstand zum Seffersbach einhalten. Die Fauna werde dort ebenfalls nicht gestört. Es sei ein gutes Projekt, dem die SPD-Fraktion zustimme.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) bezieht sich auf Ausführungen des Planungsbüros. Dieses schreibe ausdrücklich, der Seffersbach sei eine Kaltluftschneise. Das sei falsch, das gesamte Tal sei eine Kaltluftschneise. Es sei bewusst einseitig von Bebauung freigehalten worden. Daher sei damals dort der Parkplatz gebaut worden. Es würden zum begradigten Seffersbach 5 Meter Abstand nach dem Saarländischen Wassergesetz gehalten. Man habe auf der einen Seite das Firmengelände von Boch, auf der anderen Seite solle nun in großem Stil auf einer enormen Länge gebaut werden. Man riegle das gesamte Tal ab. Damit würden die beiden vom Planungsbüro genannten Aspekte Klimaschutz und Kaltluftschneise kaputt gemacht. Generell wäre er froh, man würde für Bebauungen immer bereits versiegelte Flächen nutzen. Heute würde eine solche Fläche renaturiert werden. Damals sei sie illegal aufgeschüttet worden. Der Bach sei in ein Korsett gezwängt worden. Bezugnehmend auf die neue Aussicht der Anwohner bemerkt Borger, jeder der die Kubatur der Gebäude mit über 11 Metern Fronthöhe sehe, wisse, dass es gar keine Aussicht mehr gebe.
Er verstehe das Interesse des Eigentümers, die Fläche höherwertig zu vermarkten bzw. zu entwickeln. Das Argument, dass hier sehr günstiger Wohnraum geschaffen werde, wäre

noch nachvollziehbar. Aber das Tal zu verriegeln, habe nichts mit zeitgemäßer Stadtentwicklung und -planung zu tun. Deshalb lehne die Grünen-Fraktion die Vorlage ab.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) berichtet, er sei heute an der Baustelle gewesen und dort sei wieder gearbeitet worden. Hierzu zitiert er den Bebauungsplan: „Vor Baubeginn sind die zu räumenden Baufelder gegebenenfalls mit einer Reptilienumzäunung zu versehen, um ein Einwandern von Mauereidechsen in das Baufeld zu verhindern. Die potenziell im Baufeld vorkommenden Exemplare sind vor Baubeginn abzusammeln und außerhalb des Baufeldes zu verbringen oder durch Herstellung von Ersatzhabitaten in unmittelbarem Umfeld vor erheblicher Betroffenheit zu schützen.“ Es sei nun leider wieder geräumt worden, ohne, dass eine Genehmigung vorgelegen habe. Es seien nur noch zwei Anhäufungen von Baumgehölz vorhanden. Weiterhin sei es ein Baugrund von 300 Metern Länge, und es würden Gebäude von 50 Metern Länge gestattet sowie 11,50 Höhe ab Niveau des Rotensteinerwegs. Der Rotensteinerweg liege noch 1,50 Meter über diesem Gelände. Der Seffersbach habe nur eine Böschung von einem Meter, zur Seite des Werksgeländes sei sie höher. Jeder Retentionsraum gehe daher auf die Seite, auf der die Neubauten vorgesehen seien. Es seien dreigeschossige Gebäude möglich, ebenso wie ein Dachgiebel. So würden die Anwohner des Rotensteinerwegs nur noch gegen eine Wand blicken. Er könne dieser Vorlage daher nicht zustimmen. Weiterhin merkt Herr Temmes an, dass im Bebauungsplan unter Punkt 9 oben auf der rechten Seite stehe, dass die Bepflanzung mit Bäumen entweder auf einem Stehplatz oder einem mindestens 1,5 Meter breiten Mittelstreifen zwischen den Stellplatzstreifen erfolge. So, dass ausreichend Wurzelraum für das Langzeitwachstum der Bäume vorhanden sei. Für den Wurzelbereich sei ein Mindestraum von 12 Kubikmetern vorzusehen. Herr Temmes fragt, was dies heißen solle in Maßen. Er sei überzeugt, dass es hier 12 Quadratmeter heißen sollte. Dies bitte er zu prüfen.

Der Vorsitzende antwortet, man steige heute erst in das gesamte Verfahren ein. Noch sei nichts beschlossen worden. Man diskutiere heute im Gremium zum ersten Mal darüber. Er könne sich daher nur schwer vorstellen, dass bereits mit Arbeiten begonnen worden sei. Er sage aber aufgrund der Äußerung von Herrn Temmes zu, dass man bei den Unternehmen hierzu nachfrage.

Ressortleiter Bies ergänzt, dass Villeroy & Boch den bestehenden aktuell genutzten kleinen Parkplatz umbauen müsse. Daher habe die Firma den alten Parkplatz als solchen wiedereröffnet. Es fänden keine Baumaßnahmen für die geplanten Vorhaben der Stadt statt. Denn die Grundstücke seien noch nicht veräußert. Es bestehe noch kein Planungsrecht. Daher könnten auch noch keine Baumaßnahmen stattfinden. Der Parkplatz werde nur als Alternative temporär genutzt zur Abstellung von Fahrzeugen. Dazu habe er im vorderen Bereich gerodet werden müssen. Dies sei nach Naturschutzgesetz völlig in Ordnung. Nach § 36 könne man bis Ende des Monats roden. Weiterhin sei in einem Bebauungsplan ein Baufenster dargestellt. Das heiße aber nicht, dass dort ein Gebäude mit 50 Meter Länge gebaut werde. Das sei hier nicht der Fall. Dann habe Herr Temmes von Staffelgeschossen gesprochen. Um eine maximale Gebäudehöhe festzusetzen, stehe nicht die Geschossigkeit als alleiniges Kriterium im B-Plan, sondern eine maximale Gebäudehöhe. Ob das letzte Geschoss zur Erreichung der maximalen Höhe ein Halb- oder ein Vollgeschoss sei, spiele keine Rolle. Über die 11,50 Meter könne nicht gebaut werden. Auch kein Dach, kein Flachdach oder Satteldach sei darauf noch erlaubt. Die angesprochene Maßangabe bezüglich der Bäume sei kein Fehler. Der Wurzelraum unter der Erde sei 12 Kubikmeter, aber nicht 12 Meter tief und einen Quadratmeter

breit. Bei allen Parkplätzen, Einkaufszentren oder bei der Mittelinsel auf dem Stadthallenparkplatz – jeder Baum habe für sich einen Wurzelraum von 12 Kubikmetern.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) teilt die Sorge der Transparenz. Sollte dort ein Gebäudekomplex von 300 Metern Länge – zwar unterbrochen – mit einer Höhe von 11,50 Metern gebaut werden, so sei die Sicht der Anwohner gegenüber nicht mehr so gut. Da habe er gewisse Bedenken, bestätigt Herr Schuh. Ebenfalls solle man genau prüfen, inwieweit die Hochwassergefahr dort bestehe und wie man damit umgehen könne. Dies sollte man im Vorfeld wissen.

Stadtratsmitglied Palz (SPD) wendet sich mit seinem Beitrag an Herrn Temmes. Mit dem Bebauungsplan schaffe man Planungsrecht. Herr Temmes spreche sehr oft über Bauordnungsrecht. Dies seien unterschiedliche Bereiche und hätten nichts miteinander zu tun. Es gebe auch verfahrensfreie Dinge bei der Einrichtung einer Baustelle, wofür keine Genehmigung gebraucht werde. Sie seien als Stadtverordnete verpflichtet, das Bauplanungsrecht zu schaffen für weitere Baumaßnahmen. An diesem Punkt könne man ansetzen und als Stadtrat sagen, was man dort wolle. Die Dachform könne man nicht vorschreiben. Es sei höchstrichterliche Rechtsprechung, dass dies nicht in einem Bebauungsplan festzusetzen sei. Er verstehe daher die Aussage nicht, dass Herr Temmes nicht zustimmen könne, da man vor Ort angefangen habe zu bauen. Dieses Verhalten als Stadtverordneter gehe nicht.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) pflichtet Herrn Borger bei, dass man in Zukunft größere Probleme durch Starkregenereignisse haben werde. Der Seffersbach werde dann zum reißenden Fluss. Insbesondere wenn er die Bebauung betrachte, bei einem Bauherrn gehe er sogar davon aus, dass ausgekoffert werde, dass im Bereich der Stellflächen Kellerraum, technischer Raum, Stellplätze, Garagen oder sonstige Räumlichkeiten für das Gebäude angedacht seien. Das heiße, dass erstens der Raum nicht mehr zur Verfügung stehe im Überschwemmungsbereich und dass dieser unter Umständen massiv angegriffen werde bei Starkregenereignissen. Von einer Aufschüttung zur Gebäudesicherung gehe er nicht aus. Ebenso nicht, dass das Maximum, das erlaubt ist, hinzu komme, noch dass man die Erdgasleitung in unmittelbarer Nähe ausnutze und den Raum für den Seffersbach bei Starkregenereignissen sehr stark einschränke. Er bitte daher um eine Einschätzung von Herrn Bies zur Lage dort.

Ressortleiter Bies erklärt, man sei natürlich dort im Bereich des Bachlaufes. Das Verfahren beginne erst. Das heiße, die Untersuchungen, welche Auswirkungen das Vorhaben auf das Thema Hochwasser habe, würden unter Beteiligung des LUA in den nächsten Schritten geklärt. Möglicherweise würde auch eine Berechnung gefordert. Erst dann könne man verbindlich eine Aussage treffen, welche Auswirkungen es geben werde. Man müsse aber das Ganze großräumiger sehen, auch die Situation im Oberlauf Richtung Brotdorf betrachten. Dort gebe es große Wiesenflächen. Wenn man einen nachhaltigen Hochwasserschutz für die Innenstadt von Merzig machen wolle – dazu gehöre auch die besprochene Fläche – müsse man darüber nachdenken, ob man diese Wiesenflächen nicht als mögliche Retentionsflächen nutze. Die Situation an dieser Stelle sei nicht deshalb so problematisch, weil dorthin gebaut werde. Sondern, weil der Seffersbach seit Jahrzehnten bereits ein paar Meter unterhalb in ein enges Rohr geleitet werde. Das sei die eigentliche Engstelle.
Man diskutiere jetzt schon Inhalte so detailliert. Diese würden aber jetzt erst genau untersucht. Alle Eingaben könne man im Verfahren machen. Diese würden dann abgeprüft. Eben-

so könne man konkrete Vorschläge machen, wie man den B-Plan entsprechend ändern könne. Diesen bringe man erst auf den Weg. Man treffe keinen Beschluss über die Inhalte.

Der Vorsitzende unterstreicht dies und bekräftigt, dass man erst am Beginn des Projektes stehe. Über alle Fragen, die richtigerweise angesprochen worden seien, werde sich die Verwaltung auch Gedanken machen. Zum Punkt „Hochwasser“ verweise er auf das Starkregenkonzept, das man aktuell ebenfalls sehr umfangreich bearbeite. Man sei mit dem Gutachter in allen Stadtteilen gewesen und habe sich alle betroffenen Punkte angeschaut. Feuerwehr und THW seien mit dabei gewesen, um sich mögliche Schwachstellen anzuschauen. Man sage zu, auch den angesprochenen Punkt, sollte er nicht bereits untersucht worden sein, wovon er ausgehe, zu betrachten. Möglicherweise komme man beim Seffersbach zu einem ganz anderen Ergebnis. Denn man könne sich nicht nur den Punkt in Merzig anschauen, wenn es Probleme mit dem Seffersbach gehe. Dann müsse man auch kreisweit und gemeindeübergreifend schauen. Eventuell könne man beim Seffersbach auch schon perspektivisch etwas verbessern, wenn man im Bereich Losheim auch schon Maßnahmen ergreife.

Stadtratsmitglied Hackenberger (DIE LINKE) betont, Ziel von allen sei es immer, die Innenstadt zu stärken. Wenn er nun aber lese, dass auf die Fläche Einzelhandelsbetriebe, Geschäftsbetriebe, Bürogebäude geplant seien, frage er sich, warum dies aufgeführt sei. In der Diskussion sei man bisher immer von Wohngebäuden ausgegangen.

Ressortleiter Bies erläutert, dass es keine reinen Wohngebäude werden könnten aufgrund der Nähe zur Industrienutzung. Die ursprüngliche Intention sei eine Gewerbeerschließung dieses Bereichs gewesen. So werde es jetzt auch sein. Der tatsächliche Verkauf habe noch nicht stattgefunden, daher umschreibe er die zukünftigen Nutzer: Sie kämen aus dem Bereich Handwerk und würden womöglich hergestellte Materialien für Großkunden dort verkaufen. Es ginge nicht darum, einen Lebensmitteleinzelhandel dort zu platzieren oder Einzelhandel für Kleidung oder ähnliches. Alles, was innenstadtrelevant sei, sei grundsätzlich ausgeschlossen. Es ginge hauptsächlich um Dinge des gewerblichen Bedarfs, die dort angeboten werden könnten. Es könnte beispielsweise ein großer Malereibetrieb sein, der dort Farben und Lacke verkaufe. Das wäre auch ein Punkt, den der Stadtrat im Verfahren einbringen könnte. Das wäre ein sinnvoller, nächster Schritt, zu konkretisieren, was an Einzelhandel dort sein solle und was nicht. Das Thema „Wohnen“ sehe er, wenn überhaupt im obersten Geschoss. Ansonsten sehe er eine gewerbliche und eine Büro-Nutzung.

Stadtratsmitglied Boos (CDU) ergänzt, er habe mit mehreren Anwohnern gesprochen bezüglich des zukünftigen Ausblickes auf das neue Baugebiet. Bis jetzt habe sich jeder positiv geäußert und gesagt, wenn eine Bebauung ungefähr so käme, wie angedacht, dann wäre dies ein deutlicher Fortschritt und würde positiv gesehen.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) betont, er habe die 50 Meter nicht aus der Luft gegriffen. Unter § 3 stehe: „Wird eine abweichende Bauweise festgesetzt (...) zulässig sind eine Gebäudelänge von kleiner, als auch größer 50 Meter.“ Also seien die Gebäude mit 50 Metern zulässig. An Herrn Palz gerichtet erklärt Herr Temmes, der Baubeginn beginne für ihn mit der Räumung der Baustelle. Das sei der erste Schritt. Vor Ort sehe man, dass Bäume und Gestrüpp bereits komplett geräumt seien. Die Mauereidechsen, die dort im Baufeld sein sollten bzw. waren, man wisse es nicht, sollten mal gezählt werden.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass die Rodung nichts mit der Baustelle zu tun habe. Das könne jeder auf seinem Grundstück machen, sofern er sich an die Regeln halte. Unabhängig davon, ob er danach etwas auf dem Grundstück plane oder nicht.

Ressortleiter Bies ergänzt, auch hier gelte das Gleiche wie vorhin bezüglich des Einzelhandels. Die Formulierung sei enthalten, da man wisse, dass einer der Investoren eine deutlich niedrigere Halle zur Unterbringung von Materialien dort plane. In der Summe seien es dann in der Länge 50 Meter. Hier könne man aber auch eine Differenzierung machen, dass ab einer bestimmten, definierten Gebäudelänge nur noch eine bestimmte Höhe zulässig sei.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) führt aus, man habe im Rat parteiübergreifend die Bemühungen intensiviert, das Thema Daseinsvorsorge und Klimaschutz in Merzig zu besetzen. Man habe eine eigene Arbeitsgruppe und überlege, wie man mit Fassadenbegrünung, Baumpflanzung für die Zukunft etwas tue. Was man heute entscheide, wirke nicht auf die Anwesenden, sondern auf die Kinder und Kindeskinder. In der Vorlage verweise man unter dem Punkt „Auswirkungen auf das Klima“ auf das, was möglicherweise bei der Begründung zum Bebauungsplan komme. Bezüglich der Punkte Klima und Kaltluftschneisen bzw. Luftbewegungen, worauf in den Plänen deutlich hingewiesen werde – es sei eine ganz bedeutende Kaltluftschneise in Merzig, müsse er an das Gewissen all derer, die anwesend seinen, appellieren. Es zähle nicht der Spatenstich, diese Entscheidung wirke in die Zukunft. Zudem sei das Projekt beworben worden mit „Hier entsteht günstiger Wohnraum“. Eben sei gesagt worden, die obersten Etagen würden vielleicht als Wohnungen vermietet oder verkauft. Jeder, der sich etwas auskenne, wisse, was in Merzig eine Dachmansarde koste. Da gebe es womöglich unterschiedliche Ansichten von „günstigem“ Wohnraum. Er appelliere an alle, das Thema Klimaschutz in Merzig nicht zu vernachlässigen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) erklärt, er sei auch davon ausgegangen, dass der Schwerpunkt dieses Gebietes Wohnraumschaffung bzw. Wohnbau sei. Jetzt stelle es sich ihm dar, als sei es im Schwerpunkt eine gewerbliche Nutzung, bei der nebenbei auch Wohnraum geschaffen werde. Zudem gebe er auch das Verkehrskonzept in der Fahrradstraße zu bedenken. Vieles hätte er unter bestimmten Bedingungen mitgetragen. Aber er sei nun vollkommen verwirrt. Zuerst sei zum Zweck gesagt worden Wohnraumschaffung, am besten im Niedrigbereich. So könne er dies nicht mittragen.

Der Vorsitzende verweist auf den ersten Satz im Sachverhalt der Vorlage. Dort sei aufgeführt: „Geplant ist ein urbanes Gebiet, in dem das Miteinander von Wohnen und nicht störenden gewerblichen Nutzungen, wie beispielsweise Büroräume in Einklang gebracht werde.“ Es sei also alles aufgeführt.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) bestätigt, dass dies so aufgeführt sei. Es sei aber anders kommuniziert worden. Bezugnehmend auf die Aussage von Herrn Bies, der Stadtrat könne Vorgaben bzw. Beschränkungen bezüglich z.B. der Gebäudelänge oder der Höhe machen, fragt er, wann der Zeitpunkt hierfür sei.

Der Vorsitzende erklärt, heute ginge es zunächst um den Beginn des Verfahrens.
Ressortleiter Bies führt aus, es sei so, wie bei jedem anderen Bebauungsplanverfahren. Am Anfang stehe ein Aufstellungsbeschluss, der manchmal auch nur einen Lageplan beinhalte und drei Sätze zum Verfahren. Die Inhalte würden dann nachher in weiteren Schritten erar-

beitet. Im konkreten Fall habe man bereits weitergearbeitet, da einige Punkte im Vorfeld schon klar gewesen seien. So sei der Bebauungsplan schon recht ausführlich, weshalb man in das Verfahren nach § 13a gehe. Der nächste Schritt sei die Offenlegung der Planung, das heiße, jeder Bürger und jedes Ratsmitglied habe die Möglichkeit, sich die Pläne anzuschauen, Fragen zu stellen und schriftliche Eingaben zu machen. Diese würden im Verfahren durch Fachbüros bewertet und abgewogen. Daraus entstünden dann Vorschläge, ob sie in den B-Plan integriert werden könnten oder nicht. Parallel dazu würden alle Träger öffentlicher Belange, wie das Landesamt für Umweltschutz, die Landesplanung und alle, die sonst an solchen Verfahren beteiligt sind, einbezogen. Diese gäben auch eine Stellungnahme ab. Am Ende bekäme der Rat, bevor beschlossen werde, wie der Bebauungsplan aussehen solle, alle Unterlagen vorgelegt. Dann könnte man alle Punkte, die eingereicht worden sind, anschauen und entscheiden, wie mit diesen Eingaben umgegangen werden könne.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) erklärt, sie habe im Ortsrat der Vorlage zugestimmt. Allerdings hätten sie die Einwände aus der Grünen-Fraktion nachdenklich gestimmt. Sie sei ursprünglich davon ausgegangen, dass dort viel bezahlbarer Wohnraum geschaffen werde. Daran mangele es ja. Dies scheine nicht der Fall zu sein. Daher werde sie ihre Zustimmung zurückziehen und sich enthalten.

Stadtratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) bestätigt, er habe im Bauausschuss zugestimmt, habe aber ähnliche Bedenken wie seine Vorrednerin. Man sollte heute wissen, wie viel Wohnraum, Gewerbefläche und welche Gewerbeflächen geplant seien. Er stelle den Antrag, dass dieser Tagesordnungspunkt vertagt werde. Denn es seien zu viele Fragen offen. Sollte dieser abgelehnt werden, werde er sich enthalten.

Der Vorsitzende äußert sich überrascht hierüber, da die Abstimmungen einstimmig gewesen seien bisher. Diese Fragen seien auch im zuständigen Fachausschuss so nicht gestellt worden.

Fraktionsvorsitzender Auweiler (CDU) betont, die CDU-Fraktion begleite das Projekt schon lange durch alle Gremien. Er habe volles Verständnis für diejenigen, die erst seit Kurzem Teil des Stadtrates seien und die Verfahren nicht so begleitet hätten. Da von Herrn Bies sehr gut erläutert worden sei, wie das Verfahren sei und wo Möglichkeiten seien, noch Einfluss zu nehmen, werde die CDU-Fraktion der Vorlage zustimmen. Man wolle das Verfahren anschieben. In diesem Verfahren werde genau dargelegt, was kommen könne und was nicht. Der Rat sei nach wie vor Herr des Verfahrens. Es würden auch noch andere Träger öffentlicher Belange gehört. Man könne sich aber alles erst genau anschauen, wenn konkrete Pläne vorlägen. Ein Investor würde sicher nicht genaue Planungen mit hohen Planungskosten vorlegen, bevor nicht klar sei, ob dieser Bereich entwickelt werde. Man wolle dies, man wolle nach wie vor das Verfahren offen und transparent lassen. Man sehe von Seiten der CDU-Fraktion bisher keine Hinderungsgründe für die Entwicklung dieses Bereiches. Man werde sich intensiv in dieses Verfahren einbringen, was er auch von den anderen erbete. Dazu sei man gewählt und gefordert.
Fraktionsvorsitzende Holzner (SPD) unterstreicht diese Aussage und schließt sich den Worten von Herrn D'Auria an. Man wolle das Verfahren auf den Weg bringen und die Stadt unterstützen.

Herr Weiten meldet sich zu Wort, jedoch verweist der Vorsitzende darauf, dass er laut Geschäftsordnung diese Wortmeldung nicht mehr zulassen könne. Es seien nur zwei Wortmeldungen pro Redner erlaubt.

Beschluss:

1. **Gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 des Baugesetzbuches in der aktuell gültigen Fassung wird die Aufstellung des Bebauungsplanes „Rotensteiner Weg“ im beschleunigten Verfahren gem. § 13a BauGB beschlossen.**
2. **Der Bebauungsplan soll gemäß § 13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB sowie ohne Durchführung der frühzeitigen Bürgerbeteiligung gem. § 3 Abs. 1 BauGB und frühzeitigen Beteiligung der Behörden und TÖB gem. § 4 Abs. 1 BauGB aufgestellt werden.**
3. **Der vom Planungsbüro agstaUMWELT GmbH ausgearbeiteten Bebauungsplanentwurf, bestehend aus der Planzeichnung, dem Textteil und der Begründung wird gebilligt und für das Verfahren freigegeben.**

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
25	3	6

Der von Ratsmitglied Schuh (Freie Wähler Merzig/FDP) gestellte Antrag auf Vertagung des Tagesordnungspunktes wird mit 8 Ja-, 25 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung abgelehnt.

9 Einrichtung einer weiteren Grabart auf dem Friedhof Brotdorf

2021/1273
ungeändert beschlossen

Beschluss:
Der Stadtrat beschließt, innerhalb des Friedhof Brotdorf (alter Teil) Urnengrabstätten am historischen Grabstein in die Satzung über das Friedhofs- und Bestattungswesen der Kreisstadt Merzig aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
34	0	0

10 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Der Vorsitzende verkündet, man arbeite aktuell die Texte für die Infotafeln im Stadtpark aus. Von Ratsmitgliedern habe es viele Vorschläge gegeben, man versuche, viele Wünsche einzubauen. Nach Zustimmung des Landes werde man die Schilder dann bestellen.

Ratsmitglied Santo (Bündnis 90/Grüne) spricht mehrere Punkte an. Zunächst gehe sie auf die Pressemitteilung der Ortsvorsteher ein, die am 02. Februar in der Saarbrücker Zeitung erschien. Diese führe vor Augen, wie verächtlich der Umgang mit- und untereinander sei. Bezugnehmend auf die Pressemitteilung von Ratsmitglied Spanier (DIE LINKE) in ihrer Funktion als BI-Sprecherin hätten sich Herr Boos und Herr D'Auria sehr abwertend und herablassend geäußert. Sie hoffe, dass die Bürgerinnen und Bürger erkennen, welche Umgangsformen gepflegt werden und sich überlegten, ob sie so vertreten werden wollten. Sie habe die Pressemitteilung im Lichte des am 25.01. erschienenen Artikels als noch unverschämter empfunden. Darüber hinaus erkundigt sie sich, wie die aktuelle Situation in den Kitas sei. In den sozialen Medien habe sie beobachtet, dass neues Personal akquiriert werde. Außerdem weist sie darauf hin, dass in der Straße Zum Wiesenhof viele Bürger die Bahngleise überquerten, um zur Trierer Straße zu gelangen. Sie erkundigt sich, ob der Bau einer Über- oder Unterführung an dieser Stelle möglich sei, da der Bedarf offenbar vorhanden sei. Weiterhin merkt sie an, sie sei auf eine Initiative mit dem Namen „Jeder Tropfen zählt" gestoßen. Diese nehme Speisefett und -öl zur Weiterverwertung an. Von der Verwaltung habe sie die Auskunft erhalten, dass der Wertstoffhof ebenfalls Speisefett und -öl entgegennehme. Sie fragt nach, auf welche Weise diese Annahme erfolge und was damit geschehe und regt an, dies öffentlichkeitswirksam bekanntzumachen.

Hinweis der Verwaltung*: Seit der Inbetriebnahme des Wertstoffzentrums werden dort auch alte Speiseöle und -fette angenommen. Abgegeben werden kann altes Speiseöl in einem fest verschlossenen Gefäß, bspw. einer Flasche. Altes Speisefett muss in einer Plastiktüte verpackt werden. Die Abgabe ist kostenfrei. Die abgegebenen Altöle und -fette werden von einem Entsorgungsbetrieb abgeholt und zur Herstellung von Biodiesel genutzt.*

Letztlich spricht sie Lob und Dank an die Verwaltung aus, die den Fraktionsvorschlag der Sitzgelegenheiten in der Fußgängerzone gut umgesetzt habe. Diese werteten die Fußgängerzone auf und böten den Bäumen Schutz.

Der Vorsitzende bedankt sich für das ausgesprochene Lob. Bezüglich der Fettentsorgung beim Wertstoffhof kündigt er an, eine Veröffentlichung zu prüfen und den Rat hierüber in Kenntnis setzen zu wollen. Auch eine Bahnüber- oder -unterführung am Wiesenhof werde man prüfen. Die Situation in den Kitas sei äußerst angespannt. Viele Erzieherinnen und Erzieher seien momentan in Quarantäne. Dies habe zur Folge, dass man in einzelnen Kitas die Öffnungszeiten einschränken müsse, aktuell beispielsweise in Schwemlingen und in Fitten-Ballern. Die Eltern seien hierüber informiert und gebeten worden, die Kinder nach Möglichkeit zu Hause zu lassen. Man suche jedoch permanent nach Personal, deshalb habe man neu ausgeschrieben.

Ratsmitglied Spanier (DIE LINKE) gesteht, das Thema „Gustav-Regler-Platz" habe hohe Wellen geschlagen, dies sei nicht ihre Absicht gewesen. Es seien ihr zwei Vorwürfe gestern von den Herren Boos, D'Auria, Stöckel und Gangolf in dem Artikel der SZ gemacht worden, wozu sie kurz Stellung beziehen wolle. Zu einen werfe man ihr Unkenntnis der Sachlage vor. Dem wolle sie klar widersprechen. Die Pressemitteilung sei unmittelbar nach einem Schriftwech-

sel mit Herrn Bies entstanden. Sie sei sehr wohl über den zu diesem Zeitpunkt aktuellen Stand informiert gewesen. Ebenso habe sie an keiner Stelle etwas behauptet, was diesem Kenntnisstand widersprochen hätte. Sie habe lediglich die Hoffnung geäußert, dass dieses Jahr erste Baumaßnahmen stattfinden könnten, nachdem „der Abschluss der Planungen für Anfang 2022 vorgesehen ist“, so ein Zitat aus der E-Mail mit Herrn Bies. Nachdem Herr Hoffeld in seinem Neujahrstext im „Neues aus Merzig“ in der ersten Ausgabe für das kommende Jahr 2022 ankündige, dass der Bereich um den Gustav-Regler-Platz eine Aufwertung erfahren solle, sehe sie auch nicht, dass an ihrem Ausdruck von Hoffnung etwas falsch sein sollte. Zum andern nähmen die genannten Herren die Stadtverwaltung vor ihren angeblichen Vorwürfen in Schutz. Dabei verteidigten sie eine Verwaltung, die sie gar nicht angegriffen habe. Sie habe nicht den Eindruck, dass die Verwaltung bei diesem Projekt schlampe, und niemals habe sie so etwas behauptet. Im Gegenteil: Herr Bies, an den sie sich mit diesen Fragen immer wende, gebe ihr ausführlich und zufriedenstellend Auskunft. Mittlerweile sollten alle Anwesenden wissen, dass sie selbst stets einen kooperativen Ansatz verfolge und mit Sicherheit niemanden, auch nicht die Verwaltung oder ihre Mitarbeiter einfach so zum Spaß in die Pfanne haue. Dies seien die Äußerung zum Inhalt des gestrigen Artikels, nun wolle sie noch etwas zum Ton sagen, der hierzu angeschlagen wurde.

Der Vorsitzende hakt ein, es sei hier eine Fragestunde. Er habe ihren Beitrag entsprechend laufen lassen, damit es nicht heiße, man greife an einer Stelle ein. Werde aber nun über Presseartikel gesprochen, so sei die Stadtratssitzung dafür der falsche Ort. Auch wie man miteinander umgehe. Er betone, es wäre immer am besten, man würde Hand in Hand miteinander arbeiten. Man müsse schauen, dass man unter diesem Tagesordnungspunkt nicht parteilich gegeneinander gehe.

Stadtratsmitglied Spanier (DIE LINKE) bittet darum, ihren Beitrag kurz mit zwei Sätzen abschließen zu können. Sie hoffe, es habe nicht den Grund gehabt, dass man sie aufgrund ihres Alters oder Geschlechts geringschätze. Sie gehe im Sinne der angesprochenen Herren davon aus und hoffe sehr, es sei nicht so, denn das wäre ein großer Fehler. Sie gehe davon aus, dass eine Form von Gegenangriff von ihr erwartet werde wie in einem Spiel. Sie wolle dieses Spiel aber nicht mitspielen und weiterhin mit Anstand und Respekt mit allen umgehen und ihnen begegnen und sich darauf nicht einlassen.

Stadtratsmitglied Weiten (Grüne) lobt die Umsetzung der neuen Sitzgelegenheiten in der Fußgängerzone. Er sei aber erschrocken über die im Amtsblatt angegebene Summe, wenn er sehe, welche Materialien verwendet worden seien. Daher wolle er nachfragen, ob die Summe tatsächlich nur diese Bänke betreffe, was dann pro Bank 8.500 Euro seien. Egal, ob hier ein Zuschuss gewährt worden sei oder nicht, es ginge ihm rein um die Summe, denn er sehe ja, welche Materialien verarbeitet worden seien.

Ressortleiter Bies zeigt sich verwundert über die Frage, da man zwei Mal im Bauausschuss darüber diskutiert habe. Er könne sich an eine Diskussion erinnern, als man nicht direkt sagen konnte, wie viele Bänke ausgeschrieben waren. Der Bauausschuss habe die Vergabe beschlossen. Herrn Borger habe er die Zahlen heute bereits mitgeteilt. Es seien 32.000 Euro brutto insgesamt, inklusive der Baumaßnahmen selbst. Die Bänke hätten händisch gesetzt werden müssen, so dass etliche Stunden der Baufirma angefallen seien. Die Ausschreibung habe das Ergebnis gebracht, der Bauausschuss habe dem zugestimmt. Es seien drei Vollrundbänke und eine Halbrundbank.

Stadtratsmitglied Boos (CDU) äußert sich zu den Wortbeiträgen der Damen Santo und Spanier. Es sei sicher nicht das Ansinnen gewesen, jemanden persönlich anzugreifen. Es sei nur eine Reaktion auf den vorangegangenen Artikel gewesen. Man reiche gerne weiterhin die Hand und sei zu positiven Gesprächen, auch im Ortsrat, bereit.

Fraktionsvorsitzender Hackenberger (DIE LINKE) erklärt, er sei über den Artikel der genannten Herren schockiert gewesen. Es habe ihn vor allem gewundert, da man im Ortsrat ziemlich gut zusammenarbeite. Daher begrüße er den Wortbeitrag von Herrn Boos. Man habe sich die Hände gereicht und könne im Ortsrat weiter gut zusammenarbeiten. Losgelöst von diesem Thema bittet er darum, bezugnehmend auf eine Mail, dass die Tonaufnahme des Stadtrates vom 16.12.2021 nicht gelöscht werde.

Stadtratsmitglied Temmes (Grüne) fragt, ob jemand aus der Verwaltung sagen könne, wer die Zuschüttung des Wasserlaufes des Mondorfer Baches veranlasst und genehmigt habe sowie unten am Fuß zwei Rohre verlegt habe – an der Stelle, wo das Wasser kürzlich die Straße überflutet habe. Die Rohre lägen entgegen jeglicher technischen Vorschrift. Dort sei vorher eine Brücke gewesen. Man könne diese nicht durch zwei Rohre ersetzen und den Bachlauf zuschütten.

Ressortleiter Bies erläutert, soweit es der Stadt bekannt sei, sei diese provisorische Brückenkonstruktion mit den beiden Rohren vom LUA als temporäre Lösung genehmigt. Seines Wissen nach seien aktuell Baumaßnahmen im Gange, um die richtige Brücke zu installieren. Diese werde entsprechend den Vorgaben des LUAs eine Kastenform haben. An diesem Projekt sei die Stadt nicht beteiligt, da andere Entscheidungsträger zuständig seien.

Der Vorsitzende ergänzt, Herr Bies und er seien selbst an dem betreffenden Tag rausgefahren und hätten sich vor Ort mit der Feuerwehr zusammen ein Bild der Situation gemacht. Weiteres sei bereits veranlasst worden.

Fraktionsvorsitzender Borger (Grüne) bezieht sich erneut auf die Bänke in der Fußgängerzone. Jeder wisse, dass dies tolle Bänke seien. Er würde auch weitere Bänke begrüßen. Jedoch wäre es gut, wenn man bezüglich der Machart nach Alternativen schauen könne, die etwas günstiger wären. Sofern dies möglich sei. Im Stadtgebiet könne er spontan mindestens 10 weitere Plätze nennen, wo eine Bank stehen könne. Dies könnte auch gerne in einem Stadtteil unter einem alten Baum sein. Zudem bitte er aufgrund einiger Nachfragen an die Fraktion um eine Information im Hauptausschuss zum Thema Haus Sonnenwald.

Der Vorsitzende schlägt vor, dass er dazu gleich im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung etwas sagen könne.